



Arbeiterwohlfahrt  
Landesarbeitsgemeinschaft  
**Nordrhein-Westfalen**

LAG AWO NRW

**Der Vorsitzende**

Lützowstraße 32  
45141 Essen

Tel. 02 01 / 3105 - 201  
Fax 02 01 / 3105 - 276

lag-awo-nrw@awo-niederrhein.de  
www.awo-nrw.de

# Landespressekonferenz NRW

18. August 2009

## Memorandum Kinderarmut Politische Forderungen zur Bekämpfung der Kinderarmut

### Statement

von

**Gunder Heimlich**

Vorsitzender LAG AWO NRW

+ + + es gilt das gesprochene Wort! + + +

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich über Ihr Interesse und danke Ihnen schon vorab für Ihre Berichterstattung, die dazu beiträgt, die Armut von Kindern und Jugendlichen in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Als wir im Jahr 1999 begonnen haben, uns mit der Kinderarmut zu befassen, haben wir es nicht für möglich gehalten, dass wir dies so viele Jahre mit immer größerer Intensität tun müssten. Doch immer noch ist es nicht gelungen, ausreichenden Druck auf die politisch Verantwortlichen auszuüben, der sie veranlasst, für Abhilfe zu sorgen.

Unsere reiche Gesellschaft und die politisch verantwortlichen Menschen nehmen offenbar hin, dass mittlerweile fast 800.000 Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen: sozial isoliert, höheren Krankheitsrisiken ausgesetzt und in unserem sozial selektierenden Bildungssystem auf die untersten Ränge verwiesen.

Mit der heutigen Landespressekonferenz starten wir eine neue gemeinsame Offensive zur Bekämpfung der Kinderarmut:

In unserem Bundesland NRW haben sich

- die Arbeiterwohlfahrt
- der Deutsche Gewerkschaftsbund
- die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- der Deutsche Kinderschutzbund und
- der Paritätische

zu einem **Bündnis zur Bekämpfung von Kinderarmut** zusammengeschlossen.

Als Auftakt unserer Offensive legen wir heute unser „Memorandum zur Bekämpfung von Kinderarmut“ vor. Es formuliert ein 10-Punkte-Programm, das nicht nur politisches Handeln einfordert, sondern auch praktische Wege zur Bekämpfung der Kinderarmut zeigt. Das A und O dabei ist eine **präventive Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe und des Bildungssystems**.

Zu den **Fakten**:

Laut Sozialbericht 2007 des Landes NRW sind, wie schon gesagt, von ca. 3,3 Mio. Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren fast 800.000 von Armut betroffen.

Zwei Jahre nach der Veröffentlichung des Sozialberichts hat sich daran nichts geändert. Auch 2009 gilt:

#### **Fast jedes 4. Kind in NRW ist arm.**

Die Politiker zeigen sich zwar betroffen. Aber strukturelle Veränderungen für eine wirksame, dauerhafte Abhilfe sind nicht zu erkennen. Die Ansätze zur Bekämpfung der Kinderarmut bleiben in Bund und Land oft Stückwerk. Zuständigkeiten werden hin und her geschoben. Runde Tische werden eingerichtet, zeigen aber kaum spürbare Erfolge.

Die Landesregierung beschränkt sich auf eine moderierende Rolle. Sie wird ihrer Verantwortung in den Bereichen Bildungs-, Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik nicht gerecht. Sie unternimmt nichts, um die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen in NRW zu verbessern. Im Gegenteil! Da werden Kommunen - in der Regel mit hohen sozial benachteiligten Bevölkerungsanteilen - im Haushaltssicherungskonzept sogar gezwungen, Elternbeiträge für die Kinderbetreuung anzuheben, während u.a. die Landeshauptstadt Eltern sogar beitragsfrei stellt.

Das „Memorandum Kinderarmut“ fordert dagegen ein abgestimmtes Bildungs- und Sozialstaatskonzept, das die Kinderarmut konsequent angeht und sich nicht auf Stückwerk beschränkt.

Unsere **politischen Kernforderungen** sind:

1. Eine **existenzsichernde Grundsicherung aller Kinder** in Deutschland.

Jedes Kind ist gleich viel wert!

2. Ein **Systemwechsel in der Politik** für Kinder, Jugendliche und Familien.

Das Problem Armut von Kindern und Jugendlichen lässt sich nicht mit Almosen und ehrenamtlichem Engagement lösen. Für Abhilfe sorgen kann aber ein **Rechtsanspruch** auf strukturelle, nachhaltige Hilfen. Beispiele zeigt das Memorandum.

Im Jahre 2007 wurden in NRW fast 1,2 Milliarden Euro für die Krisenintervention in der Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben.

Dagegen gibt es so gut wie keine Rechtsansprüche auf präventive Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien, die Krisenintervention überflüssig machen. Das 10-Punkte Programm unseres Memorandums zeigt auch den Weg für eine Kehrtwendung in der Kinder- und Jugendhilfe.

Wir hoffen, dass das „Memorandum Kinderarmut“ zur Pflichtlektüre für die verantwortlichen Politiker aller Parteien wird. Wir werden nicht locker lassen, uns für die Bekämpfung der Kinderarmut einzusetzen.